

Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) vom 14. bis 20. September 1980 in Wiesbaden

Vorbelastung

Ähnlich wie bei der IG Chemie-Papier-Keramik* war der Kongreß der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen von Auseinandersetzungen vorbelastet, die in der Öffentlichkeit ein großes Interesse erregt hatten. In der IGCPK hatte ein Konflikt über eine organisationspolitische Frage stattgefunden, die jedoch sehr wohl politisch-grundsätzliche Komponenten hatte. Im Unterschied dazu war in der Gewerkschaft HBV ein politischer Konflikt heraufgezogen, der aber durchaus eine organisationspolitische Dimension aufwies. Der Gewerkschaft HBV war vorgeworfen worden, sie sei bzw. werde von der DKP unterwandert. Dieser Vorwurf wurde von bestimmten, gewöhnlich in Gewerkschaftsfragen nicht gerade gut unterrichteten Teilen der Medien konstant wiederholt und hatte eine gewisse Resonanz und neuen Nährboden durch einige spektakuläre Personalprobleme in dieser Gewerkschaft erhalten.

Der scheidende Vorsitzende der Gewerkschaft, Heinz Vietheer, und auch sein designierter Nachfolger, Günter Volkmar, wiesen die Vorwürfe energisch als Unterstellungen zurück. Spannungen, die noch vor dem Kongreß zwischen der Gewerkschaft HBV und der DGB-Spitze aufgetaucht waren, wurden im Eröffnungsreferat Veters auf dem Gewerkschaftstag abgebaut. Vetter sagte, der Unterwanderungsvorwurf komme aus „zweifelhaften Ecken“. Bei aller Abwehr solcher Angriffe auf die Einheitsgewerkschaft müsse aber darauf geachtet werden, „daß unser inneres Gleichgewicht und damit unsere Stabilität und Handlungsfreiheit gewahrt bleiben“.

* Vgl. den Bericht in Heft 11/80, S. 757-763.

Grundzüge und Probleme der Mitgliederstruktur der Gewerkschaft HBV

Die Struktur der Gewerkschaft HBV weist einige Besonderheiten auf, die der Organisationspolitik schwierige Aufgaben zuweist; aus ihnen heraus ist die Lage der Gewerkschaft HBV wahrscheinlich besser zu erklären als aus den Vorwürfen, die in der vergangenen Zeit eine Rolle gespielt hatten.

Die Gewerkschaft HBV hat in den letzten zehn Jahren eine beispiellose Zunahme der Mitgliederzahlen erreicht. In diesem Zeitraum hat sich der Mitgliederbestand um 125 Prozent erhöht. Im Vergleich dazu ist die Mitgliederentwicklung der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (+5 Prozent) schlicht als Stagnation zu bezeichnen, und gemessen an der Zunahme von Beschäftigten in diesem Bereich insgesamt, als Rückfall. Die Überlegenheit des Industrieverbandsprinzips als Teil der Einheitsgewerkschaft ist unübersehbar. Immer mehr Angestellte begreifen, wie wenig ihre Lage und ihre Interessen von denen anderer Arbeitnehmer gesondert betrachtet werden können, wie sehr sie angesichts der allgemeinen Entwicklung mit denen anderer Berufe, Industrien und Gewerbebranchen verbunden sind. Es ist für die Stabilisierung des politischen Konsenses in der Gewerkschaft HBV sicher von Bedeutung, wenn sie aufgrund der Existenz der DAG im Vergleich zu anderen Gewerkschaften auf der einen Seite nicht alles innerhalb der eigenen Organisation zu integrieren gezwungen ist. Auf der anderen Seite aber hat sie in der DAG einen Gegner, der gerade wegen seiner relativen Erfolglosigkeit in manchen Bereichen schwer zu berechnen ist.

Der Anteil der einzelnen Hauptfachabteilungen am Mitgliederwachstum der Gewerkschaft ist unterschiedlich:

Mitgliederzuwachs der Gewerkschaft HBV 1975–1979

Hauptfachabteilung	31. 12. 1975	21. 12. 1979	Zuwachs	in Prozent
Handel	164 072	222 773	58 701	35,78%
Banken	44 951	53 845	8 894	19,79%
Versicherungen	27 658	32 350	4 692	16,96%
Wirtschaftsdienste	20 442	25 068	4 626	22,63%
gesamt:	257 123	334 036	76 913	29,91%

Quelle: Geschäftsbericht der Gewerkschaft HBV 1976 – 1979.

Zwei Drittel der Mitglieder gehören zur Hauptfachabteilung Handel, 85 Prozent sind Angestellte, 53 Prozent sind Frauen. Der im Handel angestellten jungen Frau ist sozusagen der Organisationserfolg zu verdanken. Es wird eine nicht leichte Aufgabe sein, diese Mitgliedergruppe langfristig an die Organisation zu binden.

Selbstverständlich muß die quantitative Entwicklung der Gewerkschaft HBV relativiert werden, denn die Stärke einer Gewerkschaft bemißt sich nicht nur in Tausenden. Eine gewisse Relativierung der Zahlen ergäbe sich zweifelsohne auch, wenn man den Organisationsgrad und die Betriebsgrößenstruktur in Augenschein nähme. Doch wenden wir uns einem weiteren Organisationsproblem zu: Die Dauer der Mitgliedschaft ist - wie aus der stürmischen Organisationsentwicklung zu erwarten - recht gering. Annähernd zwei Drittel der jetzigen Mitgliedschaft sind kürzer als fünf Jahre in der Gewerkschaft HBV organisiert. Es ist sehr wahrscheinlich, daß dies auch ein Indiz für eine hohe Fluktuationsquote darstellt. Auf der Folie des Altersaufbaus gewinnen diese Zahlenverhältnisse noch an Bedeutung:

Fünfzig Prozent der Mitglieder sind jünger als 35 Jahre. Wir haben es in der Gewerkschaft HBV mit einem Generationswechsel großen Ausmaßes zu tun. Ihn positiv zu verwerten, ist eine Aufgabe, die organisatorische Fantasie und Integrationskraft erfordert. Der Diskussion auf dem Gewerkschaftstag in Wiesbaden war anzumerken - wenn man sie mit denen bei der IGCPK vergleichen konnte -, was auf dem Gebiet der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in der HBV noch nötig ist. Gelegentlich war eine gewisse Unerfahrenheit spürbar, gleichwohl würde man sich die erfrischende Spontaneität vieler dort geleisteter Beiträge auch anderenorts öfter wünschen. Was die HBV braucht und schaffen muß, wenn sie die kommenden Entwicklungen gut bestehen will, wird deutlich: Kontinuität, Erfahrung, Tradition, Stabilität, und zwar sowohl in der Mitgliedschaft als auch im Funktionärskörper dieser jungen Gewerkschaft.

Mit Sicherheit gehört der hauptamtliche Funktionärskörper der HBV zu denjenigen mit den besten Voraussetzungen. Das Wachstum der Gewerkschaft hat eine große Zahl junger, gut ausgebildeter Funktionäre angezogen. Eine gewisse Problematik wird sich mittel- und langfristig daraus ergeben, daß auch im Funktionärskörper der Generationswechsel ohne politische und persönliche Härten abläuft. Viele dieser neuen Funktionäre sind gleich alt bzw. gleich jung. Sie haben in etwa die gleichen politischen Erfahrungen, nämlich die eines abnehmenden Reformspielraumes unter einer sozialliberalen Koalition. In zwanzig Jahren wird die Altersstruktur der Funktionäre Ungleichgewichte aufweisen, die man schon jetzt im Auge haben muß. Eine Besonderheit der HBV-Funktionäre ist darin zu sehen, daß anders als in anderen Gewerkschaften der Wechsel aus einem Beruf in die Dienste der Gewerkschaft nicht in jedem Fall als Aufstieg zu werten ist. Insofern wird die Motivation der HBV-Funktionäre - vielleicht noch mehr als anderswo - viel Idealismus und *politisches* Engagement aufweisen. Dies muß dauerhaft und belastbar sein, denn dem relativ schnellen Einrücken in hauptamtliche Dienste kann wegen der spezifischen Alterspyramide notwendig kein genauso rascher innergewerkschaftlicher Aufstieg folgen. Das gibt dem Verhältnis Funktionäre - Organisation ein besonderes Gepräge.

Das Verhältnis zwischen Mitgliederbasis und dem Apparat der Organisation entscheidet sich an der Gelenkstelle zwischen beiden, auf der Ebene der betrieblichen ehrenamtlichen Funktionäre. Hier wird über die Umsetzung gewerkschaftlicher Ziele entschieden. Wenn die Gewerkschaft HBV diese Ebene weiter ausbauen und nutzen kann, wird sie in der Lage sein, eine Entfremdung zwischen Führung und Mitgliedschaft, die sich aus strukturellen Gründen geradezu zwangsläufig auftut, zu überbrücken.

Nimmt man all diese Besonderheiten zusammen, wird klar, daß die organisatorische Infrastruktur der Gewerkschaft HBV einige Problemzonen aufweist, aber auch, welche Spielräume für engagierte Gewerkschafter in der Gewerkschaft HBV bestehen. Und es wird auch deutlich, warum der Vorwurf der Unterwanderung zur Verunsicherung beitragen sollte, aber den entgegengesetzten Effekt haben mußte. Selten ist einer Gewerkschaft - und das merkte man in Wiesbaden - so zwingend erschienen, eine organisatorische Konsolidierung zu erstreben und Geschlossenheit zu demonstrieren. Dieses eine Ziel war ins Verhältnis zu setzen zu dem anderen, eine offene Diskussion über den weiteren gewerkschaftspolitischen Kurs zu führen. Man muß in diesem Zusammenhang vielleicht nicht gerade den Gewerkschaftstag der IGCPK anführen, um auf den Wert solcher Offenheit hinzuweisen; auf Dauer aber ist Geschlossenheit, die auf einer abgestimmten Pluralität beruht, sicher die wichtigste Garantie organisatorischer Stabilität.

Den Willen dazu bekräftigte der Gewerkschaftstag bei den Wahlen zum Hauptvorstand. Das Wahlergebnis:

	abgegebene Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
1. Günter Volkmar 1. Vorsitzender	288	252	26	10
2. Dieter Steinborn 2. Vorsitzender	288	249	22	17
3. Lorenz Schwegler	288	241	21	26
4. Christian Götz	288	205	67	16
5. Elfriede Hoffmann	286	187	53	46
6. Hanshorst Viehof	286	205	39	44

Quelle: Konferenzunterlagen

In diesem Wahlergebnis bestätigte die Gewerkschaft HBV, daß sie zur Wahrung der Kontinuität genauso fähig ist wie zum Generationswechsel und zur Integration unterschiedlicher gewerkschaftspolitischer Strömungen. Einzig bei den Wahlen zum Kontrollausschuß gab es einen Lapsus: Der bisherige Vorsitzende des Kontrollausschusses, ein verdienter langjähriger Gewerkschafter, Rolf Hopf, wurde nicht wiedergewählt, ohne daß erkennbar war, was dafür den Hintergrund abgegeben hatte. Der scheidende erste Vorsitzende, Heinz Vietheer, erntete für die von ihm darüber empfundene und geäußerte Enttäuschung und Bestürzung starken Beifall, in dem einiges an schlechtem Gewissen mitgeschwungen haben muß.

Antragsberatung **

Bei der Antragsberatung zeigt sich, daß das Spektrum der Probleme gewerkschaftlicher Arbeit in der Gewerkschaft HBV größer war als es die Gegner und Kritiker im Vorfeld des Kongresses gesehen hatten. Tarifpolitik, Verbot der Aussperrung, Rationalisierungsschutz, Betriebsverfassung und Ladenschlußgesetz, Arbeitszeit (Probleme einer kapazitätsorientierten variablen Arbeitszeit, KAPOVAZ)*** standen im Mittelpunkt der engeren gewerkschaftspolitischen Themen des Kongresses. Wir wollen uns hier aber weniger diesen speziellen Fragen, sondern, im Vorfeld der Grundsatzprogrammdiskussion, mehr den allgemein politischen Bereichen widmen. Es kann ohnehin als eine Besonderheit des HBV-Kongresses gelten, daß quantitativ in der Antragsmasse „Anträge und Entschlüsse zu allgemeinen politischen Fragen“ und „Anträge zum DGB-Grundsatzprogramm“ einen deutlichen Schwerpunkt bildeten.

Im Vordergrund des publizistischen Interesses hatte die Behandlung des Antrages 76 der Ortsverwaltung Oldenburg gestanden, die Unvereinbarkeit einer Mitgliedschaft in der Gewerkschaft HBV und in der DKP zu beschließen. Dieser Antrag wurde mit anderen Anträgen und Entschlüssen gebündelt und im Initiativantrag I erledigt, der gegen vier Nein-Stimmen bei elf Enthaltungen angenommen wurde. In diesem Antrag wurden die politische Unabhängigkeit der Einheitsgewerkschaft und die Haltlosigkeit des Unterwanderungs-Vorwurfs betont. Der Gewerkschaftsausschuß der HBV wurde damit beauftragt, „das Verhältnis der Einheitsgewerkschaft zu den Parteien weiter aufzuarbeiten, um auf zusätzlich geklärter Grundlage Möglichkeiten verbesserter Zusammenarbeit im Interesse der Arbeit-

** Für Hinweise zu diesem Abschnitt ist Hans-O. Hemmer, DGB-Bundesvorstand, Abteilung Gesellschaftspolitik, zu danken. *** Vgl. dazu WSI-Mitteilungen 8/80.

nehmer oder Ursachen von Störungen aufzuzeigen. Die Ergebnisse der Arbeit sind innerhalb der Organisation - auch mit den Mitteln der Bildungsarbeit - umzusetzen." Günter Volkmar stellte fest, daß dieser Auftrag an den Gewerkschaftsausschuß sich unter anderem sowohl auf die DKP wie auf die „Grünen" beziehe.

Von allgemeiner politischer Bedeutung war die Behandlung zweier Entschlüsse zur Entspannungspolitik, die beide angenommen wurden, wenngleich sie sich in Nuancen unterschieden. In der Entschluß Nr. 2 wurden „Ost und West" zur Besonnenheit aufgerufen, beide vor einer Wiederaufnahme des kalten Krieges gewarnt und beide Seiten zu „allseitiger, kontrollierter Abrüstung" aufgefordert. In der Entschluß Nr. 3, von der Bundesjugendkonferenz der HBV eingebracht, fehlte eine Erwähnung des „Ostens". 149 der Delegierten stimmten für diese Entschluß, 94 dagegen, 9 enthielten sich der Stimme. Einhellig wurden die Anträge gegen neonazistische Umtriebe behandelt, die allesamt stärkere Aufmerksamkeit gegenüber dieser Gefahr und ihre konsequente Bekämpfung forderten. Auf dem Feld der „Berufsverbote" bzw. dem „Radikalenerlaß" lagen ebenfalls mehrere Anträge vor. Angenommen wurde eine Entschluß, die Überprüfungen nur dann vorgenommen wissen wollte, wenn es „konkrete Anhaltspunkte für Zweifel an der Verfassungstreue des Bewerbers" gebe. Die Zugehörigkeit zu einer Partei rechtfertige solchen Zweifel nicht. Ein weitergehender Initiativantrag, auch „öffentliche Betätigung" für eine Partei als für Zweifel nicht hinreichend zu erklären, wurde allerdings abgelehnt.

Umstritten waren auch andere Themengebiete: Die Wiederaufnahme der Konzertierten Aktion wurde abgelehnt, „soweit sie unter staatlicher Beteiligung tarifpolitische Eckdaten festlegen" wolle. Die Nutzung der Kernenergie wurde nach längerer Diskussion unter anderem an eine „demokratische und gesamtwirtschaftliche Kontrolle" und eine „Offenlegung sämtlicher Pläne der Industrie über den Bau oder die Beteiligung an Atomkraftwerken" geknüpft. Kontrovers diskutiert wurde auch ein scharf formulierter Antrag der Bundesjugendkonferenz zur Ausbildungssituation und Jugendarbeitslosigkeit. Die Antragskommission hatte Überweisung als Material an den Geschäftsführenden Hauptvorstand (GHV) empfohlen, dieser aber durch Hanshorst Viehof eine verbale Mäßigung vorgeschlagen. Gegen die Empfehlung von Antragskommission und GHV wurde der Antrag in einer nur leicht abgemilderten Fassung vom Kongreß angenommen.

Die Diskussion des Entwurfs für ein neues Grundsatzprogramm

In der Gewerkschaft HBV war der Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms offenbar recht intensiv diskutiert worden. Dem Gewerkschaftstag lagen dazu 136 Anträge vor, die in ihrer Mehrheit auf die Änderung einzelner Passagen der Präambel zielten. Nicht nur sachlich, auch regional waren Schwerpunkte zu erkennen: In Göttingen, Hamburg, Berlin und Bremen waren die Diskussionen in viele Anträge gemündet, während die südlicheren Regionen unter den Antragstellern seltener oder gar nicht zu finden waren - ein deutliches, schwer erklärbares Nord-Süd-Gefälle. Über die Anträge zum Grundsatzprogramm-Entwurf wurde nicht abgestimmt, wohl aber diskutiert. Abgestimmt und angenommen wurde lediglich der Antrag 332, mit dem die Delegierten den Gewerkschaftsausschuß beauftragten, die endgültigen Anträge der Gewerkschaft zu formulieren und dabei die eingegangenen Anträge und Diskussionsergebnisse zu berücksichtigen. Dafür machte der Kongreß dem Gewerkschaftsausschuß einige Vorgaben. Sie bezogen sich auf

- das Fortbestehen des Interessengegensatzes von Kapital und Arbeit und die Vernichtung aller Harmonie-Illusionen durch die Erfahrung der Krise,
- die Offenheit des Grundgesetzes in der Frage der Wirtschaftsordnung,
- die Unantastbarkeit der Autonomie der Gewerkschaften,

- die Bedeutung der Einheitsgewerkschaft und ihre „Entstehung aus dem gemeinsamen antifaschistischen Widerstand“,
- das Verbot der Aussperrung,
- die Vollbeschäftigung und das Recht auf Arbeit,
- die Humanisierung der Arbeitswelt,
- den Anspruch auf Reformen im sozial- und bildungspolitischen Bereich.

Anschließend entspann sich eine etwa zweistündige „Generaldebatte“ zum Grundsatzprogramm-Entwurf. Wesentliche, kontrovers gesehene Sachgebiete schienen nicht auf, so daß nicht erkennbar war, ob es neben der Kritik am Entwurf auch Zustimmung gab. Es wurden aber einige Schwerpunkte der Kritik sichtbar, die zum Teil schon im Vorfeld des Kongresses besonders von Christian Götz betont worden waren:

- Gewerkschaftspolitik müsse klare Interessenpolitik sein und dürfe sich nicht an ein „Gesamtwohl“ binden lassen;
- die Gewerkschaftsbewegung habe auch ein politisches Mandat, besonders auf den Gebieten von Frieden, Entspannung und Abrüstung;
- es gehe nicht nur um den *Ausbau* des sozialen Rechtsstaates und der demokratischen Gesellschaft, sondern um den *Aufbau*;
- die historische Definition der Einheitsgewerkschaft müsse entweder die Kommunisten (und Parteilosen) einschließen oder auf eine besondere Hervorhebung von einzelnen Strömungen verzichten;
- das im Programm von 1963 enthaltene „Toleranzgebot“ müsse wieder auftauchen;
- der „Kampf gegen den Faschismus“ sei zur Begründung der Einheitsgewerkschaft heranzuziehen;
- der Begriff der „inneren Sicherheit“ sei wegen seiner Problematik zu verändern oder fortzulassen;
- der Situation der Frauen und der Jugend seien weiterführende Formulierungen zu widmen.

Man wird sehen, wie der Gewerkschaftsausschuß der Gewerkschaft HBV seinen Auftrag wahrnehmen und bei der endgültigen Formulierung der HBV-Anträge an den außerordentlichen Kongreß die Anträge und Diskussionen integrieren wird.

Schluß

Der 10. Ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft HBV sah eine Gewerkschaft im Umbruch, die gewillt ist, ihre Organisation und ihre Politik zu verstetigen. Dies wird um so besser gelingen, wenn sie sich im Kräftespiel des DGB und seiner Gewerkschaften stärker austariert und festigt. Der DGB braucht eine handlungsfähige Gewerkschaft auf dem Sektor privater Dienstleistungen, denn die Auseinandersetzungen, die der Rationalisierungsprozeß in diesem Bereich bringen wird, werden an Schärfe zunehmen, die Zahl der in diesem Bereich Beschäftigten wird weiter wachsen. Handlungsfähig ist eine Gewerkschaft unter anderem dann, wenn sich Führung und Mitgliedschaft im Einklang befinden und die Solidarität mit den anderen DGB-Gewerkschaften gesichert ist.